

An den
Gemeinderat der Stadt Villach
Rathausplatz 1
9500 Villach

11.12.20
Dringlichkeit: OK 2/3
Inhalt: \emptyset

11.12.2020

Dringlichkeitsantrag der FPÖ Gemeinderäte gemäß § 42 Villacher Stadtrecht

Resolution an die Bundesregierung

Keine generelle Sonntagsöffnung

Von einigen politischen Vertretern werden nach dem Lockdown längere Öffnungszeiten und die Sonntagsöffnung im Handel gefordert. Derzeit sind viele Angestellte in Kurzarbeit oder gar arbeitslos. Sie haben dadurch weniger Geld zur Verfügung. Längere Öffnungszeiten oder eine Sonntagsöffnung würde nur zu einer Verteilung der Käufer auf einem anderen Tag führen.

Unter der Woche sind ab 18:30 Uhr Zuschläge zu zahlen. Auch am Samstag ab 13:00 Uhr und am Sonntag sind die Personalkosten um ein Vielfaches höher. Kleine Betriebe können sich diese Mehrkosten keineswegs leisten. Dabei sind in Österreich 99,6 Prozent aller Unternehmen Klein- und Mittelbetriebe.

Der Großteil der Handelsangestellten hat sich bereits klar gegen eine Sonntagsöffnung ausgesprochen. Das bestehende Verbot der Ladenöffnung an Sonn- und Feiertagen gewährleistet ein gewisses Mindestmaß an gemeinsamer Zeit mit der Familie und umso wichtiger ist es, den Arbeitnehmern die Sonntagsruhe lassen. Die Meisten Handelsangestellten sind Frauen, viele davon alleinerziehende Mütter. Bei längeren Öffnungszeiten und mit einer Sonntagsöffnung gehen zudem Probleme bei der Kinderbetreuung einher.

ANTRAG

Der Gemeinderat möge beraten und beschließen:

Die Bundesregierung wird daher aufgefordert von einer weiteren Aufweichung des Sonntagsöffnungsverbots im Handel abzusehen. Corona darf nicht dazu führen, dass die Familienzeit massiv beschnitten wird und neue Probleme bei der Kinderbetreuung entstehen.

Kasemarie Profes
...
...
...